



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit den Anfängen des „Arabischen Frühlings“ vor nahezu zwei Jahren hat in einigen Ländern des Nahen Ostens und des Maghreb ein tiefgreifender Wandel stattgefunden. Dennoch ist die Euphorie über die erfolgreich verlaufenen Freiheitsbemühungen vielfach der Ernüchterung gewichen. Deutlich wird dies derzeit an der Berichterstattung über die Ereignisse in Syrien. Onlineaktivisten in dem vom Bürgerkrieg geplagten Land beklagen die mangelnde Unterstützung der Weltgemeinschaft für ihre Sache. Ihr Vorwurf lautet, die Bestrebungen um eine Revolution in Syrien würden weit weniger begrüßt als dies im Frühjahr 2011 im Falle Tunesiens und Ägyptens der Fall war. Der Rebellenseite werde zu unrecht Propaganda vorgeworfen.

In der Tat sind die westlichen Medien bei der Beurteilung der online und mehrheitlich von jungen Menschen angestoßenen Proteste vorsichtiger geworden. Noch gut in Erinnerung sind die Manipulationen tunesischer Internetaktivisten, die behauptet hatten, der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi, der sich aus Protest öffentlich verbrannt und damit den Proteststurm gegen das Regime von Ben Ali ausgelöst hatte, sei Absolvent einer Universität gewesen. Bouazizi war ein über die politischen und sozialen Verhältnisse verzweifelter Mensch, und die Perspektivlosigkeit der arbeitslosen, akademisch qualifizierten jungen Tunesier war tatsächlich eine Triebfeder der Proteste. Was lag da näher, als beide Aspekte zu verbinden und Bouazizi als einen studierten Gemüsehändler darzustellen? Auch die Autoren der Auslandsinformation saßen diesem PR-Streich der Onlineaktivisten auf.

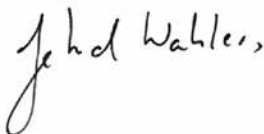
Die Euphorie ist jedoch nicht aus diesen Gründen verfliegen. Vielmehr ist sie der Ernüchterung aufgrund der Beobachtung gewichen, dass es den jungen Onlineaktivisten in Tunesien und Ägypten nicht gelungen ist, sich auch in der realen Welt zu vernetzen und eine entscheidende Rolle im politischen Umgestaltungsprozess ihrer beiden Länder einzunehmen. In den neugewählten Parlamenten sind sie nicht präsent. Angesichts dessen haben die Aufstände in Syrien kein Momentum. Die Hoffnung ist verfliegen, dass diese Bewegung nach einem möglichen Regimewechsel,

der in Syrien ohnehin nicht durch Proteste herbeigeführt werden würde, sondern militärisch, eine gewichtige Rolle spielen würde.

In der Berichterstattung über den „Arabischen Frühling“ wurden durch die Konzentration auf Online-Aspekte andere relevante Faktoren vernachlässigt. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen können durch diese Verengung des Blickwinkels nicht angemessen beurteilt werden. Die in Ägypten und Tunesien in freien und weitgehend fairen Wahlen siegreiche Muslimbruderschaft war keineswegs online präsent. Ihre Mitglieder fuhrten stattdessen über die Dörfer und sprachen mit den Menschen.

Soziale Medien bieten eine Plattform. Sie sind noch nicht selbst die Botschaft und sie sind nicht zwangsläufig Zeichen gesellschaftlicher Veränderung, geschweige denn demokratischer Entwicklung. Im Gegenteil, auch gänzlich undemokratische Tendenzen, die gerade nicht in die Richtung einer freien, toleranten Gesellschaft gehen, finden ihren Platz im Internet. Zivilgesellschaftliche Kräfte nutzen dieses nicht nur, um Demokratie zu fordern, sondern zum Teil auch, um Minderheitenrechte infrage zu stellen. Muslime in Malaysia protestierten etwa im Jahr 2009 gegen den Umzug eines Hindutempels in ihren Stadtteil, indem sie den Kopf einer Kuh vor der hinduistischen Weihstätte mit Tritten schändeten. Auch diese Aktivisten nutzen das Internet zur Verbreitung ihrer Botschaft.

Mit Blick auf zivilgesellschaftliches Engagement kommt es nicht vor allem auf Werkzeuge wie Kurznachrichtendienste oder soziale Medien an. Was zählt, ist die Fähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure, strategisch, organisatorisch und politisch zu interagieren – nicht online, sondern im realen Leben.



Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de